

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 15. Juni 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-25-0067

Freihalten von Ladezonen

- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und FDP vom 8.6.2010 -

Die Erreichbarkeit von Innenstädten für den Wirtschaftsverkehr ist für Gewerbetreibende wichtig und stellt zudem einen nicht unerheblichen Standortfaktor dar. Die Rahmenbedingungen für den Liefer- und Ladeverkehr haben sich aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren eher verschlechtert. Zu diesen Gründen zählen insbesondere die zunehmende Motorisierung der Bevölkerung, der steigende Wirtschaftsverkehr mit PKW und Klein-LKW sowie der nicht beliebig erweiterbare öffentliche Straßenraum, der für alle Verkehrsteilnehmer zur Verfügung steht.

Die eingerichteten Ladezonen beheben dieses Problem nur bedingt. Immer wieder kommt es vor, daß trotz eines angeordneten Halteverbots von Dritten in dem für den Lieferverkehr vorbehaltenen Bereichen geparkt wird. Die Folge ist, daß unerlaubterweise in zweiter Reihe geparkt wird, was wiederum zu Beeinträchtigungen des Verkehrsflusses führt.

Der Ausschuß für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob Erkenntnisse/Erfahrungen aus anderen Städten vorliegen, wie dort mit dieser Problematik umgegangen wird,
- wie die Erfahrungen in Wiesbaden sind,
- welche Lösungsansätze für Wiesbaden gesehen werden.

Beschluss Nr. 0117

1. Der mündliche Bericht von Frau Patzelt (Straßenverkehrsbehörde) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Ausschuss ist damit einverstanden, dass der Magistrat - aufgrund der Erfahrungen in anderen Städten - einen Test mit „nicht amtlicher Beschilderung“ der Ladezonen durchführt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2010

Kessler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .06.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2010

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister